Ausgabe
Jan. 2012

morgen ROT

Verbandsmagazin der Jusos in der Freien Hansestadt Bremen

Aus Bremen-Stadt

Zum StadtTicket gibt es nun einen Beschluss der Bürgerschaft, der eine Weiterführung des StadtTickets anstrebt und der Position der Jusos Bremen-Stadt entgegenkommt.
Bei der letzten Mitgliederversammlung stand das Thema „Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt“ auf der Agenda, das kontrovers diskutiert wurde.
Außerdem traf sich kurz vor Weihnachten auch eine Gruppe von Jusos aus Bremen und Niedersachsen um Perspektiven für eine länderübergreifende Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen-Oldenburg zu entwickeln.
(Seite 7 bis 9)

Hochschulgruppen

An der Hochschule Bremen fanden die Wahlen zum Studierendenrat statt. Die Kandidatenauswahl und die Wahlbeteiligung waren gering, das Ergebnis der Juso-Hochschulgruppe aber erfreulich.
An der Uni wurde dagegen kurz vor Weihnachten Bernd Scholz-Reiter als neuer Rektor gewählt. Das Wahlverfahren wird dabei von AStA für Alle als intransparent kritisiert.
(Seite 10 bis 11)

ERWARTUNGEN ANS NEUE JAHR

In der Dezember-Ausgabe riefen wir dazu auf, Artikel über das Jahr 2012 einzusenden. Die Idee war, sich mit einem frei gewählten Thema auseinanderzusetzen und ein wenig zu spekulieren, was 2012 getan werden muss und wird. Wir bedanken uns bei Falk und Martin, die dem Aufruf gefolgt sind, und ihre Vorstellungen von der Arbeitsstruktur der Bremer Jusos sowie der Redaktionsarbeit bei MorgenRot schildern.

Neue Strukturen denken

Erfolgreiche linke Juso-Politik braucht organisatorische Schlagkraft – was wir dafür noch tun können *(von Falk Wagner)*

Wenn die SPD sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit sieht, verstehen sich die Jusos als ihr linkes Gewissen. Deshalb sind wir mehr als nur der Parteinachwuchs: wir begleiten die Arbeit der SPD, kritisch und konstruktiv. Wir gestalten mit und unterstützen die Politik unserer Partei, wo sie richtig ist, aber kritisieren auch, wenn es nötig wird. Diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, benötigt effiziente organisatorische Strukturen. Ein Ausblick, was wir dafür tun können.

Der Landesvorstand: zentrales Forum für Alle

Engagement zeigt sich in mehr als der Wahl in Ämter. Viele kommen erst nach einer Vorstandwahl neu dazu oder engagieren sich auch ohne formales Amt. Wenn wir unseren Anspruch ernst nehmen, dass ein Amt besondere Verantwortung, aber kein Amt nicht weniger Mitsprache bedeutet, müssen wir den Landesvorstand öffnen. Als zentrales Forum für alle Jusos verbessern die Sitzungen die Einbindung Aller und machen noch mehr Engagement möglich. Gleichzeitig legen wir den Grundstein für mehr direktes, gemeinsames Handeln von Jusos aus dem ganzen Land Bremen.

Weiter auf Seite 2.

Inhaltsübersicht

- **Leitartikel:** 2012 – Erwartungen ans neue Jahr *Seite 1*
- Bericht vom **Bundesparteitag** der SPD *Seite 4*
- **Sozialdemokratische Wahlergebnisse** im November und Dezember *Seite 4*
- Bericht vom **Juso-Bundeskongress** in Lübeck *Seite 5*
- **UB Bremen-Stadt:** Entwicklungen zum StadtTicket *Seite 7*
- **UB Bremen-Stadt:** Gleichstellung in der Arbeitswelt *Seite 8*
- **UB Bremen-Stadt:** Treffen der Metropolregion *Seite 9*
- **Impressum** *Seite 9*
- **Juso-HSG Hochschule Bremen:** Wahlen zum Studierendenrat *Seite 10*
- **AStA für Alle Uni Bremen:** Wahl eines neuen Rektors *Seite 11*
- **Buchrezension:** Journalismus am Abgrund *Seite 12*
- **Rote Grütze:** Spaß bei Koalitionsverhandlungen *Seite 13*
- **Termine** und **Kontakte** *Seite 14*

... Fortsetzung von Seite 1.

Das Kapital der Jusos: unsere Aktiven

Dass wir auf diese Weise unseren politischen Anspruch an Gleichheit auch praktisch leben, ist nicht der einzige Vorteil. Mehr direkte Vernetzung aller Jusos im Landesvorstand schafft Synergieeffekte und entlastet die Unterbezirke von Koordinationsaufwand. Das schafft Raum für zusätzliches Engagement in anderen wichtigen Bereichen. Als Verband ohne Geld für hauptamtliche Strukturen leben wir vom Engagement der Mitglieder. Die Mitgliederbetreuung in den Unterbezirken ist unentbehrlich, um Interessierte an Juso-Arbeit heranzuführen und zu betreuen. In den Mitgliederversammlungen ist der Platz für kontinuierliche politische Bildung und Diskussion, die die Grundlage für unsere Arbeit bilden. Wenn Raum für neues Engagement frei wird, kann es dazu genutzt werden, die Mitgliederarbeit zu intensivieren und Austausch und gegenseitige Unterstützung zwischen den Unterbezirken zu organisieren. Weitere Maßnahmen, etwa eine verlässliche Wiederbesetzung der Landesgeschäftsführung, können einen zusätzlichen Beitrag zu einer besseren Arbeitsteilung leisten.

Das Internet als Visitenkarte

Die Betreuung der Homepages, Facebook-Seiten und Twitter-Accounts nimmt viel Zeit in Anspruch. Zum Teil ist dies nötig, denn sie sind unsere Visitenkarte für junge Menschen, die an den Jusos interessiert sind, und alle, denen wir unsere politische Arbeit nahe bringen möchten. Grundsätzlich ist aber ein Facebook-Auftritt, der das Bild eines aktiven, vielseitigen Verbandes vermittelt, besser als zwei inaktive Seiten. Die Internetauftritte der Ebenen zu integrieren, würde beide Seiten von einem Gutteil ihres organisatorischen Aufwandes entlasten und für eine ansprechende und gleichzeitig für Nicht-Jusos überschaubarere Außendarstellung sorgen. Mit übersichtlicheren, offenen Strukturen gewinnen die Jusos an Attraktivität für Außenstehende und an Schlagkraft für unsere Positionen – das ist das Ziel. Denn es gibt viel zu tun!

Ein Blick hinter die Kulissen

Um MorgenRot auch 2012 erfolgreich weiterführen zu können, ist jede Form der Mitarbeit gefragt *(von Martin Weinrich)*

Bereits seit fünf Monaten sorgt eine kleine Redaktion dafür, dass zu Beginn des Monats eine Ausgabe des MorgenRot erscheint. Derzeit sind wir jedoch bei weitem nicht genug, um ein dauerhaftes Erscheinen des MorgenRot zu gewährleisten. Wir brauchen dringend Deine Hilfe.

Das MorgenRot kannst Du auf zwei Arten unterstützen. Du kannst Dich entweder redaktionell oder inhaltlich am Heft beteiligen. Damit Du eine Vorstellung von der Redaktionsarbeit bekommst, erklären wir Dir den Produktionsprozess.

Arbeitsformen

Die Redaktion arbeitet mit einem E-Mail-Verteiler und einer Dropbox. Eine Dropbox ist ein Ordner, den man sich herunterlädt und der dann mit anderen Nutzern synchronisiert werden kann. Während ich diesen Artikel schreiben, werden die Fortschritte bei jedem

Links&bündig

Anregungen für deinen Beitrag zu MorgenRot:

- Für folgende feste Kategorien werden jeden Monat Artikel gesucht:
  - Leitartikel
  - Landesorganisation
  - Unterbezirke Bremen-Stadt, -Nord und Bremerhaven
  - AStA für Alle
  - Juso Hochschulgruppe
  - Rote Grütze
  - Termine (können von jedem mit Terminhinweisen unterstützt werden)
- Grundsätzlich kann aber auch jedes Mitglied einen „freien" Artikel schreiben, beispielsweise:
  - über eine besuchte Veranstaltung
  - Kommentar
  - über Bremer Ereignisse
  - über Ortsvereins-Erfahrungen
  - alles, was Dir sonst noch einfällt
- Natürlich kann man bei uns auch Projekte betreuen, für die die derzeitigen Redakteure keine Zeit haben, zum Beispiel:
  - eine Artikelserie entwickeln
  - eine gedruckte Ausgabe des Heftes organisieren
  - eine neue Kategorie entwickeln

Speichern automatisch in die Dropbox der Redaktion geladen.

Redaktionssitzung

In der ersten oder zweiten Woche des Monats gibt es eine einstündige Redaktionssitzung. Meist findet sie eine Stunde vor der ersten Sitzung des UB-Stadt im Monat statt. Der Termin der ersten Redaktionssitzung wird immer in der Terminliste auf der letzten Seite des Heftes angekündigt.

Bei der Redaktionssitzung wird kurz die Arbeit am vorherigen Heft evaluiert. Danach werden die Artikel für das nächste Heft gesammelt. Dabei ist die wichtigste Aufgabe der Redakteure, Kontakt mit möglichen Autoren aufzunehmen. Nach der Redaktionssitzung gehen also Mails an alle Gliederungen heraus, mit Artikelanfragen. Außerdem wird einzelnen GenossInnen vorgeschlagen, bestimmte Artikel zu schreiben. Zuletzt wird ein Redaktionsschluss festgelegt.

Anfragen, Nerven, Artikel schreiben

In der Zeit zwischen der Redaktionssitzung und dem Redaktionsschluss werden alle angeschrieben, die einen Artikel schreiben. Meist muss kurz vor dem Redaktionsschluss noch einmal nachgehakt werden. Und natürlich müssen die Artikel in dieser Zeit geschrieben werden. Besonders schön sind in dieser Zeit eingesandte Artikel, mit denen man zuvor nicht gerechnet hat.

Layout

Nach dem Redaktionsschluss, wenn alle Artikel eingetroffen sind, wird das Layout gemacht. Das ist meist ungefähr eine Woche vor Monatsende. Die fertige PDF wird dann wenige Tage vor Monatsende über den Redaktionsverteiler geschickt. Jeder Artikel wird noch einmal durchgelesen und korrigiert. Derzeit finden sich gerade für den letzten Schritt oft zu wenig Leute.

Versand

Am Abend vor dem ersten Werktag des Monats geht das fertige Heft dann an Sarah, die es über den Landesverteiler versendet. Danach findet man das Heft auch auf den Homepages des Landesverbands und des Juso UB-Stadt.

Wie Du mitmachen kannst

An diesem Redaktionsprozess kann man sich an jeder Stelle beteiligen:

- Durch eine Teilnahme an der Redaktionssitzung kann man sich an der Planung des Heftes und der Einwerbung neuer Artikel beteiligen.
- Währenddessen kann man jederzeit einen Artikel schreiben und an die Redakion schicken.
- Zuletzt brauchen wir auch immer noch GenossInnen, die Lust haben sich an der Schlussredaktion oder dem Layouten zu beteiligen.

Für Artikel- und Projektanregungen haben wir euch im linken Kasten eine kleine Liste zusammengestellt.

Derzeit sorgen wenige Genossinnen und Genossen mit viel Einsatz dafür, dass jeden Monat ein gelungenes Verbandsmagazin entsteht. Jeder kleine Beitrag von Euch macht die Arbeit leichten – jeder kann mitarbeiten! ● (mw, fw)

Links&bündig

Sozialdemokratische Wahlergebnisse:

- In Neuseeland verloren die Sozialdemokraten erneut 6 % der Stimmen und sackten auf 27 % ab. Die National Party kann mit 48 % jedoch nicht alleine regieren.
- Im bayrischen Landkreis Regen – bisher immer CSU-regiert – entschied der 26-jährige Genosse Michael Adam die Landratswahl für sich.
- In Spanien haben die Sozialisten eine herbe Niederlage einstecken müssen. Bei den Parlamentswahlen verloren sie 15 % und landeten mit 28,7 % deutlich hinter den Konservativen (44,6 %). Damit ist nach Portugal und Griechenland bereits die dritte sozialistische Regierung den Auswirkungen der Krise zum Opfer gefallen.
- In Kroatien erhielt das oppositionelle Wahlbündnis unter Führung der Sozialdemokraten die absolute Mehrheit, insgesamt sind ca. 68 % der Plätze des Parlaments nun durch linke Parteien besetzt. Die bisher regierende konservative Partei kam gerade einmal auf 20 %.
- In Slowenien sorgte der Versuch, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, zusammen mit einer zögerlichen Reaktion auf die Finanzkrise, für einen Absturz der sozialdemokratischen Wahlvereinigung von ca. 30 % auf 10,5 %. Überraschend haben jedoch nicht die oppositionellen Konservativen die Wahl gewonnen, sondern das links-orientierte neue Wahlbündnis „Positives Slowenien" des Managers und Bürgermeisters Ljubeljanas.

BERICHT VOM BUNDES-PARTEITAG DER SPD

In der medialen Berichterstattung um den ordentlichen Bundesparteitag der SPD, der vom 4. bis 6. Dezember in Berlin stattfand, drehte sich fast alles um die Auftritte der vier prominenten Redner:

Am Sonntag die Rede von Helmut Schmidt, die mit Abstand die größte Besucherzahl anzog und die Reden der drei Favoriten für den Kanzlerkandidaten, die im Sinne einer perfekten Inszenierung gleichmäßig auf die drei Veranstaltungstage verteilt waren. Keine der Reden konnte jedoch mit großen Überraschungen aufwarten. Als Randnotiz bleibt in der Personaldiskussion höchstens noch zu bemerken, dass nach dem Parteitag offenbar auch Hannelore Kraft wieder als Kandidatin teil des medialen Zirkus ist, was wohl zum Teil auch der Vorsitzenden der Mandatsprüfungs- und Zählkommision zu verdanken ist, die bei der Verkündung des ohnehin ausgezeichneten Wahlergebnisses von 97 % in der Zeile verrutschte und zunächst eine Zustimmung von 100 % für Kraft verkündete.

Interessanter war allerdings der inhaltliche Teil des Parteitags, der von kontroversen Debatten, zahlreichen thematischen Neuausrichtungen und ein paar Überraschungen geprägt war. Das begann bereits am Sonntagabend, als es um die neue Organisationsstruktur – also die Parteireform – ging. Zu den etwa 170 eingereichten Anträgen kamen noch etwa 400 Änderungsanträge, was dazu führte, dass auch in der sich über mehr als drei Stunden hinziehenden Debatte nicht alle Anträge behandelt werden konnten, sondern nur diejenigen, zu denen es Wortmeldungen gab, zur Abstimmung aufgerufen wurden. Aus der Landesorganisation Bremen kam der Vorschlag, den Vorstand nicht sofort wie geplant und von den Jusos gefordert auf 35 Mitglieder zu verkleinern, sondern in einem ersten Schritt zunächst von 45 auf 40 Mitglieder. Dieser Vorschlag konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Im verkleinerten Parteivorstand ist Carsten Sieling für Bremen vertreten. Der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt zog seine Kandidatur zurück, nachdem ihm seinen eigenen Angaben zufolge aus einigen Landesverbänden signalisiert wurde, dass man seine Kandidatur nicht unterstützen könne. In gewisser Weise wurden die Jusos somit also Opfer des eigenen Erfolgs.

Überraschend durchsetzen konnten sich die Jusos gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) bei der Einführung des sogenannten Reißverschlussverfahrens: Bei der Aufstellung von Landeslisten zur Bundestagswahl sowie für die Bundesliste zur Europawahl werden zukünftig Frauen und Männer abwechselnd berücksichtigt, statt wie bisher lediglich mit 40 %-Quote. Nicht durchgesetzt hat sich dagegen die Forderung, das Quorum für ein Mitgliederbegehren von zehn auf fünf Prozent zu senken, so dass für die Einleitung eines Mitgliederentscheids nur etwa 25 000 statt nun etwa 50 000 Unterschriften notwendig wären.

Nach einer sehr langen und kontroversen Diskussion wurden außerdem – nachdem sie das zuvor Jahre lang vergeblich versucht hat-

ten – die Schwusos in einer denkbar knappen Abstimmung von 219 zu 216 Stimmen als Arbeitsgemeinschaft in der SPD anerkannt. Das hatte zur Folge, dass auf den Vorschlag Andrea Nahles' – die zuvor argumentiert hatte, bei einer Anerkennung der Schwusos auch anderen Arbeitskreisen die offizielle Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft nicht länger verwehren zu können – auch die Arbeitskreise Migration und Selbst Aktiv (behinderte Menschen in der SPD) anerkannt wurden. Das wichtigste Gegenargument bei diesen Anerkennungen waren die damit verbundenen Kosten.

Beim wichtigen Thema der Finanz- und Steuerpolitik kam es am Ende zu einer Kompromisslösung zwischen den Flügeln der Partei. Die von der Parteilinken geforderte Abschaffung der Abgeltungssteuer wurde faktisch beschlossen, wenn auch erst mit einer Frist von drei Jahren nach einer Prüfung, ob eine solche Abschaffung tatsächlich Mehreinnahmen brächte. Im Gegenzug wurde die Forderung nach der Beibehaltung der Reichensteuer fallengelassen. Was in der Diskussion überhaupt keine Rolle mehr spielte, aber ebenfalls eine Kehrtwende der Partei darstellt und auf eine schon seit Langem gestellte Forderung der Jusos eingeht, ist die Abschaffung des Ehegattensplittings, die nun Beschlusslage der SPD ist. ● (ag)

BERICHT VOM JUSO-BUNDESKONGRESS

Am letzten Wochenende im November fand in Lübeck der Bundeskongress (BuKo) der Jusos statt, zu welchem auch wir Bremer Jusos mit einer Handvoll Delegierten gefahren sind.

Mit angereist waren die GenossInnen René, Sherin, Kerstin, Raik und Stefan, sowie Sarah, die während des BuKo für Bremen im Präsidium saß. In der Tasche hatten wir außerdem einen selbst geschrieben Antrag zum Thema Hochschulfinanzierung, den Genosse Stefan einbringen sollte.

Am Freitag begann der Bundeskongress gleich mit mehreren großen Themen. Zum Einen wurde das inhaltliche Arbeitsprogramm diskutiert und beschlossen. Außerdem stand die Wahl des Bundesvorsitzenden an. Für den Posten des Bundesvorsitzenden gab es dieses Mal nicht nur einen, sondern gleich zwei Kandidaten.

Abgesehen von Sascha Vogt (rechts im Bild), unserem bisherigen Vorsitzenden, kandidierte außerdem Frederic Striegler. Letzterer kam aus dem Landesverband Baden-Württemberg und entstammt dem pragmatisch-konservativen Lager der Jusos, der „Pragmatischen Linken“. Ganz abgesehen davon, dass er damit der klar karrieristischen und für uns politisch nicht tragbaren Minderheit angehört, glänzte er auf dem BuKo auch mit einer wunderbar inhaltsleeren

Bewerbungsrede. Sascha Vogt hingegen glänzte mit klar links-sozialistischen Positionen und wurde mit einen guten Ergebnis von über 70 % im Amt bestätigt.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Bremer Agenda war, als am Freitagabend Stefan den Antrag zur Hochschulfinanzierung vorstellen konnte. Der Antrag beinhaltete drei Kernforderungen (siehe InfoBox), von welchen eine durch einen Änderungsantrag aus NRW ersatzlos gestrichen werden sollte. Wer sich ein wenig mit den Kräfteverhältnissen im Verband auskennt, wird wissen, dass NRW nicht nur aufgrund seiner hohen Delegiertenzahl, sondern auch aufgrund einer guten Vernetzung,

ein besonderes Gewicht besitzt. Trotz dieses Gewichts ist es jedoch gelungen, den Änderungsantrag durch Stefans Abwehrrede mit großer Mehrheit abzulehnen. Anschließend wurde der gesamte Antrag mit großer Zustimmung angenommen.

Ein weiterer Erfolg für uns war die Wahl aller von uns für politisch-tragbar empfundenen StellvertreterInnen in den Bundesvorstand. Auch der für Bremen zuständige Genosse Jan Schwarz wurde in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender bestätigt.

Weitere besonders interessante Anträge, die beschlossen wurden, waren der Leitantrag zur Wirtschaftspolitik, ein umfassender Antrag zum Thema Laizismus, sowie die Abschaffung des Verfassungsschutzes und die langfristige Überwindung der Bundeswehr. Die Sammlung aller beschlossenen Anträge in der geänderten Endfassung findet sich für Interessierte demnächst auf der Homepage der Jusos unter *www.jusos.de*.

Im Großen und Ganzen war der diesjährige Bundeskongress für die Jusos Bremen ein großer Erfolg und das nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Neben dem Austausch mit Delegierten aus anderen Landesverbänden fand auch der gemütliche Abendausklang ausreichend Raum. Ich denke für alle Delegierten sprechen zu können, wenn ich sage, dass sich das Wochenende auf jeden Fall gelohnt hat und wir allen nur empfehlen können sich sowohl in der Vorbereitung als auch als Delegierte oder Gäste beim nächsten Bundeskongress einzubringen. ● (sw)

Umdenken bei der Hochschulfinanzierung – unsere Forderungen im Überblick:

Aufhebung des Kooperationsverbots und Beteiligung des Bundes an der öffentlichen Finanzierung der Hochschulen

Das Kooperationsverbot ist im Grundgesetz festgeschrieben und verhindert bspw. die dauerhafte (zusätzliche) Finanzierung der Hochschulen durch den Bund. Hochschulfinanzierung ist bisher reine Länderaufgabe. Die schlechte Ausstattung vieler Hochschulen ist dabei der schlechten Haushaltslage vieler Länder, Bremen eingeschlossen, geschuldet. Durch eine Abschaffung des Kooperationsverbots wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, dass sich der Bund an der Finanzierung der Hochschulen dauerhaft beteiligt und sich damit langfristig die Situation an den Hochschulen verbessert. (Kurzfristige Finanzierungprogramm wie die „Exzellenzinitiative“ oder der „Qualitätspakt Lehre“ nutzen eine Gesetzeslücke, führen jedoch aufgrund der zeitlichen Befristung nicht dazu, dass sich die Situation an den Hochschulen langfristig verbessert.)

Zurückdrängung von (privaten und öffentlichen) Drittmitteln* für die Forschung durch weitgehende öffentliche Ausfinanzierung

Private und öffentliche Drittmittel führen zu einem Wettbewerb zwischen den Hochschulen, der von dem klassischen Wettbewerb der akademischen Ideen stark abweicht. Hierbei entsteht bei vielen ForscherInnen der Druck sich dem wissenschaftlichen Mainstream anzupassen um Gelder zugeteilt zu bekommen (dies gilt sowohl für öffentliche, als auch für private Drittmittel). Nicht selten hängen die Karriereperspektiven im wissenschaftlichen Bereich mittlerweile davon ab, wie gut die Person bei der Einwerbung von Drittmittel ist. Faktoren wie Qualität der Lehre oder Forschung fallen dabei oftmals hinten runter.

Langfristige Überwindung von privaten Drittmitteln* für die Lehre (z. B. in Art von Stiftungsprofessuren).

Die private Finanzierung von Lehre, wie zum Beispiel durch sogenannte Stiftungsprofessuren, hat einen unterschwellig negativen Effekt auf das Studium (bspw. durch Beeinflussung der Lehrinhalte und der Wahrnehmung der Professur aufgrund des Verweises auf den Stifter bzw. die Stifterin). Darüber hinaus sind private Drittmittel für die Lehre oftmals zeitlich befristet, wodurch die Hochschulen vor die Frage gestellt werden, wie sie die Professur weiterfinanzieren sollen, wenn die privaten Gelder irgendwann ausbleiben.

***Was sind Drittmittel?**

Sogenannte Drittmittel bedeuten nichts anderes, als das sich der Staat aus seiner Verantwortung der Finanzierung öffentlicher (Hochschul-)Bildung zurückzieht. Jegliche Art von Drittmitteln müssen aufwendig und zeitintensiv beantragt werden. Dies führt nicht nur dazu, dass ein Wettbewerb um Gelder zwischen den WissenschaftlerInnen entsteht, sonder reduziert auch die tatsächliche Zeit, welche für Forschung und Lehre aufgewendet werden kann.

UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

Jusos begrüßen Parlamentsbeschluss zum StadtTicket – Optimierung ist weiterer Schritt

Wir Jusos Bremen-Stadt begrüßen den Bürgerschaftsbeschluss vom 13. Dezember 2011 zum Erhalt des StadtTickets.

Die Stadtbürgerschaft hat auf Antrag der Regierungskoalition den Senat dazu aufgefordert, den Erhalt des StadtTickets auch über das Jahr 2011 hinaus zum bisherigen Preis sicherzustellen. Zudem ist der Senat aufgefordert, verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten des Tickets zu prüfen.

„Wir haben bereits die Einführung des StadtTickets im Jahr 2010 begrüßt – als ein Schritt zur Ermöglichung der Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen. Denn Mobilität ermöglicht erst die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“, so Janne, stellvertretende Vorsitzende der Jusos Bremen-Stadt. „Das Ticket fördert diese Mobilität. Der Beschluss zur Sicherstellung der Fortführung über 2011 hinaus ist richtig!“

Wir Jusos haben uns bereits im Frühjahr 2011 mit dem StadtTicket ausführlicher auseinandergesetzt und Forderungen zur Verbesserung beschlossen. Ein weiterentwickelter Antrag “Soziale Mobilität 2.0 – Weiterentwicklung des StadtTickets jetzt!“ wurde auf der Jusos-Landeskonferenz im Spätsommer beschlossen und im September 2011 vom SPD-Landesparteitag an die SPD-Bürgerschaftsfraktion überwiesen. Dieser Antrag forderte die Fraktion auf, ein Konzept zur Weiterentwicklung des StadtTickets zu entwickeln, um mit möglichen Verbesserungen die Attraktivität des Tickets und damit auch die gesellschaftliche Mobilität zu steigern.

In den mitbeschlossenen Prüfaufträgen der Bürgerschaft ist ein weiterer Schritt zur Optimierung des Tickets. Bei diesen wurden auch wesentliche Punkte unseres Antrages aufgenommen: die Überprüfung von finanziellen Auswirkungen geänderter Mitnahmemöglichkeiten weiterer Personen, der Abschaffung des Nachtlinienzuschlags, aber auch die Möglichkeit zur Übertragbarkeit des Tickets innerhalb eines Haushaltes und Ausgabe von Familientickets mit Zweittickets für Kinder sowie einer Ausweitung des Nutzerkreises auf weitere Bedürftige.

Auch auf die bessere Vermarktung des StadtTickets haben wir Jusos in unserem Antrag gesetzt: Es solle im öffentlichen Raum mehr für das Ticket geworben werden – nicht nur über Broschüren, die u. a. in Geschäftsstellen der BSAG und Sozialzentren erhältlich sind. Eine mögliche Aushändigung der Tickets durch die Jobcenter, die auch geprüft werden soll, erleichtere zudem den Zugang zum StadtTicket.

Wir Jusos sehen aber auch noch weitere Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Tickets. Durch die Herabsenkung des Preises von 29,25 € auf 25 € (Erwachsene) ist ein richtiger Schritt eingeleitet worden, allerdings sehen wir darin bislang keine hinreichende soziale Anpassung in Bezug auf andere Zeittickets. Daher ist für uns die preisliche Angleichung an das SemesterTicket wünschenswert: Studierende zahlen monatlich umgerechnet ca. 19 € für das SemesterTicket bei besseren Konditionen – wie beispielsweise auch die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Bremer Umland.

Zudem stigmatisiere das aktuelle Design des StadtTickets die NutzerInnen, da es sofort als ein solches zu erkennen sei, während sich andere Zeittickets – Job- und SemesterTicket – sehr ähneln. Die Angleichung des Designs an die anderen Zeittickets würde aus unserer Sicht ein diskriminierungsfreies StadtTicket schaffen.

Langfristig ist aus unserer Sicht auch die mögliche Ausweitung des Tickets auf das Gebiet des Verkehrsbunds Bremen/Niedersachsen (VBN) durch Kooperationen mit anderen Städten und Gemeinden denkbar.

Wir begrüßen es, dass sich viele unserer Ideen in den Prüfaufträgen wiederfinden. Wenn der Senat diese nach erfolgter Prüfung auch tatsächlich umsetzen würde, ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und damit auch entscheidend zum sozialen Zusammenhalt geleistet. Wir Jusos werden die Weiterentwicklung auf jeden Fall weiter beobachten. ● (jh)

UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

Gleichstellung – Frauen in der Arbeitswelt

Haben wir Gleichstellung schon erreicht? In der Mitgliederversammlung am 8.12.2011 haben die Jusos sich mit dem Thema der Gleichstellung ausführlich auseinander gesetzt.

Es gab einen kurzen Vortrag, einen interaktiven Teil und interessante und auch kontroverse Diskussionen über die Themen Herdprämie, „Frauen- und Männerberufe“, Rollen in der Gesellschaft.

Fragt man nach Gleichstellung in unserer Gesellschaft wird sowohl von Männern als auch von Frauen oftmals bestätigt, dass diese natürlich bereits erreicht sei. So dürfen Frauen wählen, gehen zur Schule und zur Universität und sie entscheiden auch selbst, ob und wo sie arbeiten gehen. Es wird darüber berichtet, dass Frauen in vielen Fällen bessere Abschlüsse erlangen als die Männer – natürlich auch dank intensiver Frauenförderung.

Dennoch muss es die Frage sein, ob das alles ist, was Gleichstellung ausmacht. Augenscheinlich scheint dies zwar auf einem guten Weg zu sein. Auf der Mitgliederversammlung haben wir allerdings bestimmte herausgegriffene Themen genauer unter die Lupe genommen. Wir mussten feststellen, dass es trotz der beschriebenen Verbesserung der Situation von Frauen in unserer Gesellschaft noch viel Ungerechtigkeit aufgrund von ungleicher Behandlung und unterschiedlichen Voraussetzungen gibt.

Ein Beispiel ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern, sodass Frauen in vielen Branchen signifikant schlechter bezahlt werden als Männer. Dies hängt zum einen mit der Berufswahl zusammen. Denn wie in Studien festgestellt worden ist, arbeiten Frauen eher in sozialen Bereichen (wie der Kindererziehung oder in den Bereichen Gesundheit und Pflege), welche zwar dringend benötigt werden, jedoch in der Gesellschaft weniger anerkannt sind und schlechter bezahlt werden als zum Beispiel Berufe in der freien Wirtschaft. In diesen Bereichen kommt hinzu, dass die Karrierechancen oft stark eingeschränkt sind.

Ein weiterer gesellschaftlicher Aspekt, der zur strukturellen Diskriminierung von Frauen stark beiträgt ist die Form der Familienplanung wie sie aufgrund unterschiedlicher Gründe praktiziert wird. Studien zeigen, dass Frauen oft den traditionellen Platz der Mutter und Hausfrau einnehmen und auf ihre Erwerbstätigkeit verzichten. Die Gründe dafür sind vielfältig: Traditionelle Rollenbilder, die einer offenen und gleichberechtigten Verantwortungs- und Aufgabenzuteilung entgegenstehen; ein Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten; ebenso auch eine Unflexibilität am Arbeitsplatz, welche zum Beispiel dahin führt, dass während der Schwangerschaft ein Wechsel von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung in vielen Branchen von vornherein nicht möglich ist. Es ist eine lange Liste an Mängeln, die verdeutlicht, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist – absolut nicht. Wir als Jusos, als feministischer Richtungsverband, stellen uns daher die Frage auf, welchem konsequenten Weg Gleichstellung erreicht werden kann?

Besonders anregend im Hinblick auf diese Fragestellung war in der MV die Auseinandersetzung mit einem Artikel des DGB:Frau geht vor, mit dem Titel „Gleichstellungspolitisch noch viel zu tun!“.

Dabei wurde sehr deutlich, dass alle Bereiche des Lebens schließlich mit Ungleichheit durchzogen sind. Deshalb wurde das Konzept der Lebenslaufperspektive entwickelt, welches einen anderen Blickwinkel bietet. Darüber hinaus stellte sich die Frage was eigentlich der Unterschied zwischen Feminismus und Gleichstellung ist, wodurch sich letztendlich auch eine lebendige Diskussion entwickelte.

Das Ergebnis der Diskussion verdeutlichte noch mal, dass sich die Chancengleichheit in einer Schieflage befindet und Gleichstellung längst noch nicht erreicht ist. ● (lw)

UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

Politik endet nicht an der Landesgrenze

Auf Initiative des Juso-Sprechers des Unterbezirks Diepholz, Martin Wolle, trafen sich die Jusos Bremen-Stadt und die Jusos des Unterbezirks Diepholz zu einem ersten Austausches über eine mögliche Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen-Oldenburg.

„Wir haben die Zusammenarbeit der Jusos in der Metropolregion schon vor zwei Jahren in unser Arbeitsprogramm aufgenommen und haben nun einen Verantwortlichen in unserem Vorstand für die Initiierung für die mögliche Kooperation benannt“, so Martin Wolle. Stefan Weger ergänzt: „Auch die Jusos Bremen-Stadt begrüßen diese Art der Zusammenarbeit – im letzten Arbeitsprogramm haben wir diesen Passus aufgenommen, den wir auch weiter verfolgen wollen.“

In der Vergangenheit hat es bereits zwei Beispiele für die Zusammenarbeit der Unterbezirke in der Region gegeben. Zum einen organisierten die Jusos Bremen-Stadt und Diepholz in diesem Jahr spontan eine Mahnwache für die Opfer in Norwegen. Zum anderen gab es einen Austausch der Jusos Diepholz und Delmenhorst zum Verkauf des Stadthotels Delmenhorst an Nazis im Jahr 2006.

Auf dem ersten Treffen zwischen Bremen-Stadt und Diepholz kam es daher schnell zur Einigkeit, wie eine mögliche Form der Kooperation aussehen kann: Die Zusammenarbeit wird vor allem in der Behandlung und den Austausch von gemeinsamen Themen, die die Unterbezirke betrifft, gesehen. Beispiele hierfür sind die antifaschistische Arbeit, der wissenschaftliche Bereich (Hochschulpolitik), Arbeitsmarktpolitik, aber auch die Verkehrs- und Kulturpolitik.

„Ziel ist es, Synergieeffekte über Bremen hinaus zu nutzen, denn viele politische Themen enden nicht an der Landesgrenze, sondern betreffen die Region“, so Janne Herzog. „Dafür soll es aber kein zusätzliches Gremium geben – unsere Idee ist der formlose Austausch zwischen den Unterbezirken.“

Der Austausch soll als Basis zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten dienen, wie beispielsweise Veranstaltungen, Seminare oder gemeinsame Mitgliederversammlungen etc. Weiter kann die Zusammenarbeit auch dafür sorgen, dass bei größeren Veranstaltungen – wie beispielsweise Demonstrationen – durch Women- und Menpower aus allen Unterbezirken eine starke Juso-Beteiligung wahrgenommen wird.

Geplant sei, dass es alle 2-3 Monate ein Treffen zum gegenseitigen Austausch gäbe, das für alle Interessierten offen steht. Kerstin Vennemeyer: „Jede und jeder Interessierte aus den Unterbezirken kann und soll an den Treffen teilnehmen, um so Themen aus seinem oder ihrem Bereich einbringen.“

In einem nächsten Schritt sollen die anderen Juso-Unterbezirke in der Region angesprochen werden, ob sie an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Dazu zählen die Unterbezirke in den Landkreisen Ammerland, Cloppenburg, Cuxhaven, Friesland, Nienburg, Oldenburg, Verden, Osterholz, Vechta und Wesermarsch sowie in Bremen-Nord, Bremerhaven, Delmenhorst, der Stadt Oldenburg und Wilhelmshaven. Für März 2012 ist dann das nächste Treffen mit den interessierten Unterbezirken geplant, auf dem nochmals die möglichen Themen und die Art der Zusammenarbeit in großer Runde besprochen werden soll.

Die Termine für die Treffen werden im UB Bremen-Stadt über den E-Mail-Verteiler bekannt gegeben. ● (jh)

Impressum

Herausgeberin:
Jusos in der SPD –
Landesorganisation Bremen
Obernstr. 39–43, 29195 Bremen
www.jusos-bremen.de

V.i.S.d.P.: Sarah Ryglewski

Autoren: Jan Cloppenburg, André Großardt, Janne Herzog, Falk Wagner, Lena Weber, Stefan Weger, Martin Weinrich

Bildnachweis: Stefan Troschke, Gerd Altmann / pixelio.de (Titel), Jusos (S. 5), Senatskanzlei Bremen (S. 13)

Redaktion und Layout: Martin Weinrich, Philip Warncke, André Großardt, Jan Cloppenburg.
Ihr erreicht die Redaktion via
morgenrot@bremer-jusos.de

JUSO HOCHSCHULGRUPPE HOCHSCHULE BREMEN

Studierendenratswahlen an der Hochschule

Trotz umfangreicher Werbemaßnahmen traten nur 22 Kandidierende für 25 Plätze an. Der Ausgang der Wahl stand daher schon im Vorfeld fest. Im neuen Studierendenrat (SR) sitzen nun unter anderem sechs Mitglieder von CampusGrün, fünf Architekten, drei Jusos sowie drei RCDSler. Die Zusammensetzung des zukünftigen AstAs ist noch völlig offen.

Es ist paradox. Wahrscheinlich wurde noch nie für eine Studierendenrat so viel Werbung gemacht und dennoch war die Beteiligung so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. In den letzten Jahren organisierte der Wahlausschuss die Wahl sowie eine Kandidierendenvorstellungsrunde. Das war in diesem Semester anders.

Bereits im November, Wochen vor der SR-Wahl, wurden von den fünf Fachschaften, dem AStA, dem SR und dem Wahlausschuss vier Informationsveranstaltungen organisiert und beworben, die in die Hochschulpolitik sowie die studentischen Gremien einführen sollten. Obwohl die Veranstaltungen an vier Wochentagen, zu vier verschiedenen Uhrzeiten und an drei verschiedenen Hochschulstandorten stattfanden, war die Resonanz beinahe Null.

Das schlug sich auch in der Anzahl der Kandidaturen nieder. Mit 22 Studierenden gab es mehr Plätze als Kandidierende.

Auch die Juso Hochschulgruppe trat mit deutlich weniger Kandidierenden als im Vorjahr an. Konnten wir bei der Studierendenratswahl im März 2011 noch mit acht Kandidierenden vier Mandate erreichen, traten wir im Dezember mit gerade einmal drei Kandidierenden an. Der Grund sind acht GenossInnen, die im Februar die Hochschule für ein Jahr Richtung Praxis- und Auslandssemester verlassen werden. Umfangreiche Werbeaktionen der Hochschulgruppe stießen wie alle Maßnahmen auf Desinteresse bei den Studierenden.

Nachdem wir und der SDS im letzten Jahr die einzigen parteipolitischen Liste waren, traten nun auch der RCDS und CampusGrün an, während die vorherigen SDS-Mitglieder nun auf der Liste „YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan“ kandidierten.

Mit dem Ende der verlängerten Kandidaturenfrist, stand fest, dass jeder Bewerber und jede Bewerberin für ein SR-Mandat dieses auch erhalten würde. Nichtsdestotrotz führten immerhin der RCDS und die Juso Hochschulgruppe einen kleinen Wahlkampf. Der RCDS erhielt 500€ vom Bundesverband und kleisterte die Hochschule daraufhin mit Personenplakaten und Flyern zu. Die Plakate, die die Kandidierenden des RCDS zeigten, beinhalteten dabei kritische Anmerkungen zur geplanten Zivilklausel, warben für eine „ideologiefreie Hochschulpolitik“ und forderten eine bessere Anerkennung von Leistungen außerhalb der Hochschule. Das Wahlprogramm bestand daher aus dem Dreischritt Zivilklausel ablehnen, Bologna-Reform loben und mit verlängerten Büchereiöffnungszeiten die Situation der Studierenden verbessern.

Dem setzten wir ein elfpünktiges Wahlprogramm entgegen, das noch immer auf unserer Homepage zu finden ist. Auf unseren Plakaten warben wir mit Sachthemen statt mit Gesichtern. Unsere Slogans variierten dabei von ernsten („Studiengänge erhalten“, „Für den Ausgleich des ProfessorInnen-Mangels“) bis hin zu augenzwinkernden Motiven („Schokobrötchen Gerechtigkeit für Alle!“, „Stiftungsprofessuren wetterfest machen!“).

Der Wahlkampf funktionierte sehr gut, da Plakate und Flyer rechtzeitig und sehr spontan von der Partei gedruckt wurden.

Der Wahlausschuss organisierte zwei Kandidatenvorstellungsrunden. Eine davon wurde von einer Handvoll Studierender besucht, die andere von keinen. Der RCDS wiederholte bei der ersten Veranstaltung, dass man die Bologna-Reform „uneingeschränkt“ positiv sehe. Die darauffolgenden Wortmeldungen der Studierende waren überraschenderweise alle negativ. Die Genossinnen und Kandidatinnen Sherin und Clara stellten die wichtigsten Punkte unseres Wahlprogramms souverän vor. Die größte Liste, Campus Grün, stellt ihre Forderungen ebenfalls vor. Dabei sorgten einige Formulierungen und Diskussionen für Amüsement im Publikum („Um die Hochschule Studenten freundlicher zu machen, benötigen wir mehr Pflanzen und Steckdosen.“ „Bedeuten mehr Steckdosen nicht mehr Strom?“ „Nur wenn Du einen Stecker reinsteckst.“). Auf Nachfrage sprachen sich einzelne Mitglieder der Liste dafür aus, den internationalen Frauenstudiengang Informatik abzuschaffen und mit dem normalen Informatik-Studiengang zusammenzulegen, ohne vorher mit den Frauen des Frauenstudiengangs gesprochen zu haben.

Die Beteiligung an den Wahlen war erwartungsgemäß gering. Die Wahlbeteiligung sank von ca. 10 % auf 5,25 %. Gerade einmal 440 Studierende gingen wählen. Die Ergebnisse sind nicht einfach auszuwerten. Denn jeder Studierende hatte so viele Stimmen wie es Kandidaturen gab. Dies sieht die Wahlordnung für den Fall vor, dass es weniger Kandidierende als Plätze gibt, normalerweise hat man lediglich eine Stimme. Studierende konnten nun also zwischen einer und 22 Stimmen abgeben. Dadurch ist es kompliziert festzustellen, von wievielen Studierenden eine Liste genau gewählt wurde.

Die Juso Hochschulgruppe erhielt insgesamt 364 Stimmen. Das sind 16% aller abgegebenen Stimmen. Dividiert man den Wert durch die Anzahl der Kandidierenden kommt man zu dem Ergebnis, dass mindestens 121 Studierende für unsere Liste gestimmt haben. Im Vergleich zu den 86 (10%) aus dem Vorjahr ist das eine große Steigerung.

Die Zusammensetzung des zukünftigen AStAs ist noch unklar. Bereits in der letzten Legislaturperiode waren nicht alle AStA-Referate besetzt. Interessierte werden daher wohl kaum vom SR abgelehnt werden. Allerdings hat bis auf die Kandidatin des „Sonder-EinsatzKommando“ noch niemand ein definitives Interesse bekundet.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Die Studierenden waren so desinteressiert wie schon lange nicht mehr, die Zahl der hochschulpolitisch Aktiven ist drastisch gesunken. Die Wahl verlief trotz der traurigen Umstände für die Jusos recht positiv, die zukünftige Zusammensetzung und Ausrichtung des AStA ist bis jetzt nicht vorherzusagen. ● (mw)

ASTA FÜR ALLE UNI BREMEN

Wahl eines neuen Rektors für die Uni

Weihnachten, Silvester, Neujahr – zu dieser Zeit ist auch im Uni-AStA Ruhe eingekehrt. Nach den aufregenden letzten Wochen gönnen wir uns ein paar Tage Abstand von Studium und Hochschulpolitik. Einzig Stefan macht den anderen ein schlechtes Gewissen, indem er schon im alten Jahr wieder aus dem Büro twittert.

Zwei unserer größten Themen in der letzten Zeit waren die Exzellenz-Initiative und die Rektorwahl. Während die Uni fleißig weiter ihre Choreographie für die Gutachter der „Ex-Ini“ für den Januar einübt, ist die Rektorwahl bereits Geschichte. Der Neue heißt Bernd Scholz-Reiter, ist Produktionstechniker und tritt das Amt nächsten September an. Wenn wir auch mit ihm als Person nicht ganz unzufrieden sind, so sind wir auf jeden Fall mit dem Verfahren unzufrieden, in dem er gewählt wurde. Die Uni hat sich unserer Einschätzung nach zu wenig Zeit genommen, sich zu wenig mit den Bewerbern befasst und die Entscheidung wurde zu viel hinter verschlossenen Türen diskutiert.

Das Unglück begann mit der öffentlichen Ausschreibung. Ganze drei Wochen hatte alle Welt, um sich zu bewerben. Immerhin hatten sich unter die neun Bewerbungen auch sieben externe verirrt. Eine (gesetzlich erlaubte) Auswahlkommission hat daraus nochmal drei Bewerber ausgewählt, die sich nur vorstellen durften.

Für die Phase zwischen der Bewerbungsfrist und der Wahl nehmen sich Hochschulen international häufig sechs Monate und mehr Zeit. In Bremen geht das schneller, hier reichen auch sechs Wochen. Wer braucht schon Öffentlichkeit? Einzig wir haben im Namen des AStA die Kandidaten in der Mensa vorgestellt und allen Interessierten Gelegenheit für Fragen gegeben. Die Uni-Öffentlichkeit hätte im wesentlichen größeren Rahmen über die Strategie der Uni und über Hochschulpolitik im Allgemeinen diskutieren können und sollen, aber dafür hat man sich nicht die Zeit genommen. Zum Glück sind wir Studis nicht die einzigen, die das bemängeln und beim nächsten Mal ändern wollen. Dass schließlich erst im Dezember statt im November gewählt wurde, lag daran, dass der Bewerber aus den USA sonst zurückgezogen hätten, weil für ihn die Zeit auch ganz praktisch zu kurz war.

Zur Krönung wurde während der Sitzung des Akademischen Senats, in der gewählt wurde, noch zweimal die öffentliche Aussprache über die Kandidaten abgewürgt. Somit weiß nicht mal die Uni-Öffentlichkeit, warum Scholz-Reiter gewählt wurde.

Wir haben ihn bereits zum Gespräch im AStA empfangen und werden ihn weiter auf drängende Probleme und Wünsche der Studis hinweisen wie zum Beispiel: mehr Mitbestimmung und Teilhabe für uns, mehr interne Kommunikation und Diskussion vor und von Entscheidungen, innovative Ideen für das (Projekt-)Studium und Chancengleichheit bei unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen. ● (jc)

BUCHREZENSION: JOURNALISMUS AM ABGRUND

Zeitungen verlieren immer mehr Leser und werden immer unprofitabler. Mittlerweile sind auch große Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau in Bedrängnis, die Angst vor dem großen Zeitungssterben grasiert. Gleichzeitig sinkt die Qualität der Blätter immer mehr, da die Verlage Journalisten entlassen und an allen Ecken sparen. Der Journalismus scheint sich in einem Teufelskreis zu befinden.

Der Vorsitzende der SPD-Medienkommission, Marc Jan Eumann, stellt daher mit seinem Buch „Journalismus am Abgrund" die Frage, wie Öffentlichkeit eigentlich in Zukunft finanziert werden soll, kann sie aber nur unzureichend beantworten. Dennoch lohnt sich die Lektüre des Buches. Denn es ist ein gelungener Abriss über die Presselandschaft in den USA, Großbritanien, Frankreich und Italien. Außerdem liefert das Buch einen Überblick über die Entwicklung von Nachrichtenagenturen und verweist auf eine Reihe kreativer Finanzierungswege von Journalismus. Auf die Frage, wie Öffentlichkeit in der Zukunft finanziert werden kann, gibt es in Eumanns Augen aber keinen „Königsweg".

Bei Eumanns Schilderung der Situation in Deutschland liegt sein Schwerpunkt darauf, dass sich die Finanzierung geändert hat. Während früher zwei Drittel der Erlöse durch Anzeigen erwirtschaftet wurden, sind Verkaufs- und Anzeigeneinnahmen mittlerweile bei den meisten Zeitungen gleich hoch. Dieser Trend verstetigt sich, da das Internet immer mehr Anzeigen abwirbt. Das bringt einige Probleme mit sich und sorgt vor allem dafür, dass Presseprodukte immer teurer werden.

In einem umfangreichen Mittelteil geht Eumann dann auf die Situation in den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien ein und schildert die Entwicklung der Nachrichtenagenturen. Das ist interessant, denn über die deutschen Medien bekommt man relativ wenig Informationen über die Medienlandschaft in anderen Ländern. Die einzelnen Abschnitte sind gut strukturiert. Eumann skizziert knapp die wirtschaftliche Situation einiger Zeitschriften, erwähnt manchmal positive Einzelfälle oder Journalisten, die sich gegen den Trend stemmen konnten, und verweist auch immer wieder auf staatliche Subventionsmöglichkeiten. Dabei arbeitet er Subventionsmethoden von der Reduzierung der Mehrwertsteuer für Presseprodukte über die staatliche Förderung der Journalistenausbildung bis hin zu niedrigeren Zöllen für Zeitungspapier heraus.

Sehr interessant ist das abschließende Kapitel über Nachrichtenagenturen. Denn keine Zeitung kann es sich leisten, überall Korrespondenten zu haben. Daher gibt es Nachrichtenagenturen. Wie diese sich entwickelt haben und wie auch um den Einfluss auf Agenturen gekämpft wurde, beschreibt Eumann recht detailliert.

Im letzten Drittel geht Eumann dann der Eingangsfrage nach. Dabei hält er zu Beginn fest, dass unabhängige Medien für eine demokratische Gesellschaft unerlässlich sind, dass die Finanzierung dieser Medien jedoch schon immer Veränderungen unterworfen war und sich immer ein rettender Weg finden ließ. Allerdings gebe es derzeit keinen Königsweg für die Finanzierung von Journalismus. Nach dieser Eingangsfeststellung werden dann verschiedene Lösungen skizziert. Die Ideen reichen von der Konzentrierung auf Online-Möglichkeiten (bezahlte Online-Zeitung, Recherche über soziale Netzwerke) über die Fokussierung auf lokale Konzepte (Kommunalpolitik in Lokalzeitungen stärken, Kompetenzsteigerung bei Lokalzeitungen) bis hin zu Stiftungen und Crowdfunding-Modelle. Allerdings sind Eumanns Lösungsansätze zum Teil etwas merkwürdig.

Das Buch endet mit einer 14-Punkte-Liste und einem konkreten Vorschlag: Der „Coopetition". Dabei geht es in erster Linie darum, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mithilft, den Journalismus zu finanzieren. Das könnte unter anderem dadurch gelingen, dass Zeitungen das Korrespondentennetz und andere Infrastrukturen mitnutzen. Aber auch Zeitungen sollen bei Infrastrukturen kooperieren, während sie gleichzeitig auf dem Markt konkurrieren. So werden Kosten gesenkt und durch Wettbewerb wird dennoch Meinungsvielfalt gesichert. Dieses Modell wirkt etwas utopisch, ist aber immerhin ein handfester Lösungsvorschlag.

Die 14-Punkte fassen das lehrreiche und interessante Buch zusammen. „Journalismus am Abgrund" ist somit eine sehr gelungene Darstellung der Pressesituation in einigen westlichen Ländern, bietet einen Aufschlussreichen Abriss über die Entwicklung der Nachrichtenagenturen und zeigt, dass es eine schwierige, aber lohnenswerte Aufgabe sein wird, weiterhin Öffentlichkeit in Deutschland zu sichern und zu finanzieren. ● (mw)

Journalismus am Abgrund – Wie wir in Zukunft Öffentlichkeit finanzieren; Marc Jan Eumann, vorwärts Buchverlag, 2011, 10 €

SPASS BEI KOALITIONS-VERHANDLUNGEN

Wer keine Ressorts hat, schafft sich welche!

In Berlin regiert seit einigen Wochen eine Koalition aus SPD und CDU. Große Diskussionen löste der Ressortzuschnitt aus: Während die Forschung zusammen mit Wirtschaft und Technologie an die CDU geht, wird die Wissenschaft mit Bildung und Jugend zum SPD-Ressort.

Die Schaffung von aufgabenfreien Ressorts ist ein guter Ansatz, ließe sich aber in Bremen, das ja auch immer für eine kreative Ressortzusammensetzung zu haben ist, durchaus noch perfektionieren. So hätte beispielsweise das Sozialressort in sozialdemokratischen Händen bleiben können, hätte man nur rechtzeitig an die folgende Aufteilungsmöglichkeit gedacht:

Bürgermeister Jens Böhrnsen könnte die **kirchlichen Angelegenheiten** behalten, dafür aber den Bereich **religiöse Belange** abgeben.

Die Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper bleibt für **weiterführende Schulen** zuständig, gibt aber die **Oberschulen** ab.

Ulrich Mäurer, der Innensenator, könnte den Bereich **Sport** weiterführen, **körperliche Ertüchtigung** aber abgeben.

Wirtschaftssenator Martin Günthner könnte seine Zuständigkeit für **Wirtschaft** beibehalten, um im Gegenzug auf **Ökonomie** zu verzichten.

Und Eva Quante-Brandt könnte **Bevollmächtigte beim Bund** bleiben, aber den Posten der **Beauftragten für Berlin** abgeben. Im Gegenzug übernimmt sie **Soziales, Kinder, Jugend und Frauen**, gibt aber **Minderjährige** ab.

Das neue Ministerium für **Ökonomie, Minderjährige, körperliche Ertüchtigung, religiöse Belange, Oberschulen und Berlin** (ÖkoMiKROBe) steht dann anstelle des Sozialressorts den Grünen zu. ●

Termine

5. Januar 2012
Redaktionssitzung, Morgen-Rot, **18 Uhr** (Ort wie unten)
—
Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt zum Thema Jahresplanung 2012, **19 Uhr** im Fraktionsbüro, Wachtstraße 27/29

11. Januar 2012
Offenes Brainstorming zum Arbeitsprogramm der Juso-Landesorganisation Bremen

19. Januar 2012
Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt, **19 Uhr**, Fraktionsbüro, Wachtstr. 27/29

20. Januar 2012
Jahresauftakt der Bremer SPD, **18 Uhr** in der Schwankhalle

2. Februar 2012
Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt zum Thema Integration mit Staatsrätin Eva Quante-Brandt, **19 Uhr** im Fraktionsbüro, Wachtstraße 27/29

11. Februar 2012
Jahreshauptversammlung der Jusos Bremen-Stadt, **11 Uhr**

17. März 2012
Parteitag UB Bremen-Stadt mit Vorstandswahlen, **10 Uhr**

21. April 2012
Landeskonferenz der Jusos Bremen mit Vorstandswahlen

12. Mai 2012
Landesparteitag des SPD Bremen mit Vorstandswahlen, **10 Uhr** im Hotel Strandlust, Vegesack

Kontaktdaten

Landesorganisation
www.jusos-bremen.de
Sarah Ryglewski (sarah@jusos-bremen.de)

Unterbezirk Bremen-Stadt
www.bremer-jusos.de
Falk Wagner (wagner@jusos-bremen-stadt.de)

Unterbezirk Bremerhaven
Kevin Lenkeit (kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org)

Unterbezirk Bremen-Nord
www.jusos-bremen-nord.de
Raik Borsdorf (borsdorf@jusos-bremen-nord.de)

AStA für Alle (Uni Bremen)
www.asta-fuer-alle.info
Elena Reichwald (elena@asta-fuer-alle.info)

Juso Hochschulgruppe (HS Bremen)
www.jusoshsbremen.wordpress.com
Martin Weinrich (mweinrich@stud.hs-bremen.de)

Juso SchülerInnen
Sercan Alkaya (schueler@bremer-jusos.de)

Jusos in der SPD